

**Antrag 153/I/2020****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Die Amtszeit Maaßen aufklären**

1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Untersu-  
 2 chungsausschuss einzusetzen, der aufklären soll, ob und  
 3 wie Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes  
 4 für Verfassungsschutz rechten Organisationen Vorschub  
 5 geleistet hat. Des Weiteren soll der Untersuchungsaus-  
 6 schuss klären, in wiefern seine Handlungen die grund-  
 7 sätzliche Arbeit des Verfassungsschutzes während seiner  
 8 Amtszeit beeinflusst haben und welche dieser Strukturen  
 9 heute noch bestehen. Ziel ist es, aus diesen Untersuchun-  
 10 gen konkrete politische Forderungen zur Zukunft des Bun-  
 11 desamtes für Verfassungsschutz resultieren zu lassen.

12

13 Von August 2012 bis November 2018 war Hans-Georg  
 14 Maaßen Präsident des Bundesamtes für Verfassungs-  
 15 schutz. Damit war er 6 Jahre lang Leiter einer Behörde,  
 16 deren Auftrag es einerseits ist, die Wehrhaftigkeit unse-  
 17 rer Demokratie zu erhalten und Sicherheitsrisiken aufzu-  
 18 decken, indem sie Informationen über verfassungsfeind-  
 19 liche Gruppierungen sammelt, die andererseits aber über  
 20 Kompetenzen verfügt, mit denen sie massiv in die Grund-  
 21 rechte von Bürger\*innen eingreifen kann. Sein Verhalten  
 22 vor, während und nach seiner Amtszeit lässt darauf schlie-  
 23 ßen, dass Hans-Georg Maaßen weder die gebotene politi-  
 24 sche Neutralität noch die Grundrechtssensibilität besitzt,  
 25 die dieses gleichermaßen mächtige wie gefährliche Amt  
 26 erfordert. Seine gesamte Karriere zeigt, dass er ein aus-  
 27 geprägtes rechtes Weltbild hat und nicht davor zurück-  
 28 schreckt, seine Entscheidungen als Beamter zulasten von  
 29 Bürger\*innen und der liberalen Demokratie aufgrund die-  
 30 ses Weltbildes zu fällen. Hans-Georg Maaßen verhält sich  
 31 in der Öffentlichkeit, insbesondere seitdem er sein Amt  
 32 nicht mehr innehat, auf eine Weise, die es sehr wahr-  
 33 scheinlich macht, dass auch seine Amtsführung durch sei-  
 34 ne politischen (rechten) Ansichten beeinflusst wurde. In  
 35 Anbetracht der Versäumnisse des Bundesamtes für Ver-  
 36 fassungsschutz in Bezug auf rechtsterroristische Strafta-  
 37 ten, in deren Folge etliche Mitbürger\*innen zu Schaden  
 38 gekommen sind, ist die Aufarbeitung der Amtszeit von  
 39 Hans-Georg Maaßen sehr nötig.

40

41 Seiner Promotionsschrift "Die Rechtsstellung des Asylbe-  
 42 werbers im Völkerrecht" wird in einer Rezension der ehe-  
 43 maligen Verfassungsrichterin Lübke-Wolff vorgeworfen,  
 44 einseitig bei der Quellenbewertung vorzugehen und sich  
 45 alle erdenklichen Szenarien zu überlegen, in denen Zu-  
 46 wanderung eine Bedrohung darstellen könnte. 2002 ver-  
 47 trat er in einem Gutachten für das Bundesinnenministe-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Untersu-  
 chungsausschuss einzusetzen, der aufklären soll, ob und  
 wie Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesam-  
 tes für Verfassungsschutz rechten Organisationen Vor-  
 schub geleistet hat. Des Weiteren soll der Untersuchungs-  
 ausschuss klären, inwiefern seine Handlungen die grund-  
 sätzliche Arbeit des Verfassungsschutzes während seiner  
 Amtszeit beeinflusst haben und welche dieser Strukturen  
 heute noch bestehen. Ziel ist es, aus diesen Untersuchun-  
 gen konkrete politische Forderungen zur Zukunft des Bun-  
 desamtes für Verfassungsschutz resultieren zu lassen.

48 rium die Auffassung, Murat Kurnaz, der über 4 Jahre in  
49 Guantánamo festgehalten wurde, sei nicht nach Deutsch-  
50 land zurückzuholen. Sein Aufenthaltsrecht sei verfallen,  
51 da er sich für mehr als sechs Monate nicht in Deutschland  
52 aufgehalten hatte.

53

54 Dieser Rechtsauffassung wurde später vom Verfassungs-  
55 gericht Bremen widersprochen. Dieses Gutachten ist ein  
56 erstes Indiz dafür, dass Maaßens rechte Gesinnung sein  
57 Verhalten als Beamter beeinflusst haben könnte.

58

59 Seine mangelnde Sensibilität für Grundrechte wurde 2015  
60 besonders deutlich, als er dafür sorgte, dass ein Ermitt-  
61 lungsverfahren wegen Landesverrats gegen zwei Blogger  
62 von netzpolitik.org durch den damaligen Generalbundes-  
63 anwalt eingeleitet wurde. Er bestreitet zwar, das Verfah-  
64 ren gezielt gegen Journalisten angestrengt zu haben, die-  
65 se Aussage ist aber nicht glaubwürdig, da es eindeutige  
66 Hinweise gibt, die das Gegenteil belege. Auch seine an-  
67 haltende, mit Verschwörungstheorien untermauerte Kri-  
68 tik an Edward Snowden sind ein Beleg für seine Unfähig-  
69 keit, den Stellenwert von Grundrechten in einer liberalen  
70 Demokratie zu erkennen. In etwa zur selben Zeit führ-  
71 te Maaßen Gespräche mit führenden AfD-Politiker\*innen.  
72 Inhalt dieser Gespräche war höchstwahrscheinlich die  
73 Frage, wie die AfD eine Beobachtung durch den Verfas-  
74 sungsamt verhindern könnte. Der genaue Inhalt der  
75 Gespräche ist nicht aufgeklärt, es gibt aber starke Indizien,  
76 wie geleakte Chatprotokolle von AfD-Funktionär\*innen,  
77 die auf eine Sympathie Maaßens für die AfD hinweisen.  
78 Ein weiteres Indiz für Maaßens mangelhaftes Demokra-  
79 tieverständnis ist, dass er nachweislich den Bundestag be-  
80 logen hat, als mit einer kleinen Anfrage abgefragt wurde,  
81 ob das Bundesamt für Verfassungsschutz V-Leute im Um-  
82 feld des Attentäters Anis Amri hatte.

83

84 Gemeinhin bekannt und letztlich der Grund für seine  
85 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist Maaßens  
86 Versuch aus dem Jahr 2018 Angriffe auf ausländisch-  
87 aussehende Menschen in Chemnitz als gezielte Desinfor-  
88 mationskampagne zu diskreditieren, wobei er auf rechte  
89 Narrative bediente.

90

91 Nach dem Ende seiner Amtszeit ist Maaßen immer wie-  
92 der mit rechtspopulistischen Äußerungen aufgefallen.  
93 So diskreditiert er Medien und bezeichnet solche die  
94 ihm genehm sind als "West-fernsehen". Auf Twitter teil-  
95 te er auch Beiträge der rechtspopulistischen Plattform  
96 "Journalisten-Watch".

97

98 In einer Markus Lanz-Sendung vom 18.12.2019 sagte  
99 Maaßen, Menschen die Asylunterkünfte angreifen sei-  
100 en keine "Rechtsextremisten" sondern stammen aus der

101 bürgerlichen Mitte. Aufgrund der Geschichte des Verfas-  
102 sungs-schutzes und der Verstrickung in die NSU-Morde  
103 ist hier besondere Vorsicht geboten. Die Abschaffung des  
104 Verfassungsschutzes ist bereits seit 2013 erklärtes Ziel der  
105 Jusos Berlin. Der Skandal um Maaßen knüpft hieran an.  
106 Das gefährliche Extremismus-Dogma zeigt hier seine Nä-  
107 he zu rechten Einstellungen und Parteien. Im März 2019  
108 rief er über Twitter indirekt dazu auf, im Thüringischen  
109 Landtag den AfD-Kandidaten Höcke zum Ministerpräsi-  
110 denten zu wählen um den „SED-Kandidaten Ramelow“ zu  
111 verhindern.

112

113 All diese Umstände ergeben zusammengekommen das  
114 Bild, dass Hans-Georg Maaßen durchaus Sympathie für  
115 rechtsradikales Gedankengut hegt und nicht auszuschlie-  
116 ßen ist, dass er seine Macht als Präsident des BfV genutzt  
117 hat, um rechten Strukturen Vorschub zu leisten. Jeden-  
118 falls scheint er nicht erfolgreich darin gewesen zu sein,  
119 gegen diese vorzugehen. Daraus folgt, dass es im öffentli-  
120 chen Interesse liegt, aufzuklären, wie sich Maaßens Welt-  
121 bild auf die Arbeit der Sicherheitsbehörde ausgewirkt hat  
122 und ob er durch sein Verhalten die Gefahr rechter Strafta-  
123 ten erhöht hat. Doch die Aufklärung der Präsidentschaft  
124 Maaßen darf sich nicht nur an der Personalie Maaßen ori-  
125 entieren. Es müssen auch mögliche hinterlassene Struk-  
126 turen innerhalb des Verfassungsschutzes überprüft und  
127 wenn nötig, beseitigt werden. Insgesamt haben diese und  
128 viele weitere Vorfälle uns Jusos bereits in der Vergangen-  
129 heit zur Überzeugung gebracht, die Abschaffung des Bun-  
130 desamts für Verfassungsschutz zu fordern. Die bisheri-  
131 ge Aufklärungsarbeit hat uns nicht davon überzeugt, von  
132 dieser Forderung abzuweichen. Außerdem sind ehemali-  
133 ge Mitarbeiter\*innen Maaßens, die möglicherweise noch  
134 beim Verfassungsschutz tätig sind eingehend zu prüfen.